Foucaultsche Konzept der Mikromacht wird m.E. für den diskutierten Zusammenhang erst verbunden mit einer angemessenen Konstruktion des sozialen Raumes und seiner Figurationen aussagekräftig (Was heißt für Arbeiterinnen die "Sorge um sich"?). Da im ersten Teil eine soziologisch genaue Verortung der praktisch erfahrenen doppelten Belastung von Arbeiterinnen und ihrer individuellen Bewältigung fehlt, kann Fach auch die Kluft zwischen dem "Weg des Eigensinns durch die alltägliche Praxis" (S. 11) und den feministischen Theoriekonzepten nicht schließen, die Angebote machen, "die Tugend von den ärgerlichen Restbeständen der Not zu befreien" (S. 11). Seine Darstellung der verschiedenen feministischen Konzepte (vom "Essentialismus" bis zum postmodernen "crossing") rekonstruiert zwar deren Stärken und Schwächen und deutet an, welche (temporären) Verknüpfungen notwendig bzw. denkbar sind. um praktisch-politisch die "Verhältnisse" und nicht nur die Sätze (die Sprache) zum "Tanzen zu bringen". Aber die Vermittlung zu den alltäglichen Erfahrungen der "doppelten Belastung" von Arbeiterinnen ist dabei nicht mehr auffindbar.

Irene Dölling

Wilfried von Bredow/Thomas Jäger (Hrsg.), Japan. Europa. USA. Weltpolitische Konstellationen der neunziger Jahre, Leske und Budrich, Opladen 1994, 247 S.

Die im Titel des Buches aufgeworfene Frage nach den Perspektiven der internationalen Beziehungen mit dem Fokus auf die Hauptakteure wird im letzten, von den Herausgebern verfaßten Beitrag behandelt. Die anderen zehn Beiträge befassen sich vor allem mit den Beziehungen Japans zu den verschiedenen wichtigen Ländern, sein Verhältnis zu internationalen Organisationen und allgemein mit der japanischen Außenpolitik.

Im ersten Beitrag "Deutschland und Japan: Partner und Konkurrenten" zeichnet Thilo Graf Brockdorff die Geschichte der deutsch-japanischen Beziehungen seit 1945 nach. Er betont, daß diese Beziehungen gegenwärtig im Grunde genommen problemfrei und harmonisch sind, bedauert aber, daß die öffentliche Meinung in beiden Ländern noch nicht so weit zu sein scheint, ihre politische Bedeutung wahrzunehmen. "In Deutschland wird Japan nach wie vor weitgehendals exotisches, ausschließlich wirtschaftlich relevantes Land angesehen".

In seinem Beitrag über "Die deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen" weist *Lutz Kleinert* darauf hin, daß die Auseinandersetzungen zwischen der EU und Japan ein

bestimmendes Element der deutschjapanischen Beziehungen geworden sind. Kleinert führt den seit Anfang der neunziger Jahre drastischen Rückgang japanischer Erstinvestitionen in der EG vor allem auf die Erschöpfung der Wachstumseffekte aus der europäischen Integration zurück. Vielleicht noch wichtiger könnte aber das Ende der Bubble Economy Anfang 1990 mit dem scharfen Rückgang der Aktienkurse und der Grundstückspreise sein, infolge dessen auch die Investitionstätigkeit in Japan massiv und anhaltend einbrach. Wenn auch das Niveau der deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt nicht der wirtschaftlichen Stärke der beiden Länderentspricht, so sind doch die Bemühungen der japanischen Seite ungleich stärker, weil, wie Kleinert darlegt, der Erfolg auf dem deutschen Markt für die japanische Industrie als von strategischer Bedeutung verstanden wird. Im Rahmen der Globalität der wirtschaftlichen Aktivitäten erscheint eine Präsenz im ökonomisch stärksten Land der EU als unabdingbar. Dagegen konzentriert sich die deutsche Industrie auf Europa und den nordamerikanischen Markt. Kleinert sieht jedoch Ansätze zu einer Intensivierung der deutsch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen.

Wenn Hans-Georg Ehrhart im Beitrag über die "Japan-Politik Frankreichs" ein mangelndes Forschungsinteresse in Frankreich an Japan konstatiert und dies darauf zurückführt, daß sich die französisch-japanischen Beziehungen erst in der vergangenen Dekade allmählich zu intensivieren begannen, so stützt sich dieses Urteil wohl zu sehr auf das Verhältnis der politischen Führung. Auf der Ebene des kulturellen und wissenschaftlichen Austausches war aber schon in den siebziger Jahren eine beachtliche Intensität erreicht. Auch gerade die an Industriepolitik und staatlicher Planung interessierten französischen Forschungsinstitute suchten schon in der Phase hohen Wachstums vor der ersten Ölpreiskrise den Erfolg des japanischen Modells zu ergründen. Darüber gibt es eine bemerkenswerte Literatur.

Bei der Darstellung der Beziehungen zwischen "Großbritannien und Japan" zeigt Thomas Noetzel, daß die Bevorzugung Großbritanniens in Europa für japanische Direktinvestitionen neben anderen Standortvorteilen auch auf handelspolitischen Gründen beruht. Ganz im Gegensatz zu Frankreich und Italien, die ihre Binnenmärkte gegen die japanische Konkurrenz vehement abzuschirmen suchen. Trotz der ungleichgewichtigen Handelsbilanz und anderer Probleme stellt Noetzel einen beiderseitigen Gewinn der Wirtschaftsbeziehungen fest.

Ernst-Otto Czempiel weist in seinem Beitrag über die Beziehungen zwischen Japan und den Vereinigten Staaten darauf hin, daß mit dem Ende des Kalten Krieges die wirtschaftspolitischen Beziehungen an Bedeutung gewonnen und die sicherheitspo-

litischen an Relevanz verloren haben. Wenn auch nach Ansicht *Czempiels* die Spannungen im Sachbereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt hoch bleiben werden, so sieht er doch einen allmählichen Abbau der Asymmetrie, weil Japans Bevölkerung älter wird, weniger arbeitet und mehr verbraucht. Zur künftigen Ordnung im asiatisch-pazifischen Raum, wo gegenseitige, oft historisch bedingte Ängste zwischen den Staaten herrschen, plädiert *Czempiel* für ein multilaterales Sicherheitssystem.

Im Beitrag "Die Japanpolitik der EG vor dem Hintergrund asymmetrischer Wirtschaftsbeziehungen" vermutet Matthias Bauermeister, daß die Selbstbeschränkungsabkommen. zu denen sich wichtige japanische Industriebranchen verpflichtethaben, eher zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition in den entsprechenden Partnerländern führen, weil die notwendigen Anpassungen unterbleiben. Angesichts der Unfähigkeit, die bilateralen Beziehungen zwischen der EG und Japan, die stark durch die handelspolitischen Konflikte belastet sind, voranzutreiben, fragt Bauermeister, ob nicht eine trilaterale Structural Impediments Initiative einen angemessenen Verhandlungsrahmen darstellen würde.

Bei der Behandlung der Beziehungen zwischen Japan und seinem russischen Nachbarn meint *Joachim Glaubitz*, daß der Versuch Japans, Wirtschaftshilfe für Rußland an Konzessionen in der Territorialfrage zu binden, wohl ein Fehler war. Da rasche Lösungen angesichts der gegenwärtigen Lage in Rußland unwahrscheinlich sind, rät *Glaubitz* der japanischen Diplomatie, die Territorialfrage einige Jahre auf sich beruhen zu lassen und an der Schaffung von Rahmenbedingungen zu arbeiten, die eine Lösung erleichtern.

Im Beitrag "Japans Gipfeldiplomatie" zeichnet Markus Tidten den mühsamen Weg zur internationalen Anerkennung nach. Hauptaktionsfeld, in dem Japan seine Rolle im Konzert der großen Industrieländer finden konnte, war der Bereich der Entwicklungshilfe. Zunehmend gelang es Japan auch, seine Position hinsichtlich der Territorialfrage mit Rußland auf den Gipfeln durchzusetzen. Japans Verhältnis zu den Vereinten Nationen, das von Frank Bauer beschrieben wird, läßt auf ein zentrales Interesse an diesem Forum schließen.

"Japanische Außenpolitik" wird von Ortrud Kerde und Erich Pauer mit dem Modell des reaktiven Staates erklärt, der keine eigenständigen Optionen verfolgt, sondern auf Druck von außen reagiert. In diesem Beitrag werden auch japanische Denkmuster dargestellt und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es in den geistig-religiösen Strömungen Japans keine festen Prinzipien gibt, aus denen Handlungsanweisungen abgeleitet werden können. So werden auch in der Außenpolitik eher Ziele formuliert als - wie im Westen -Grundsätze aufgestellt.

Im eingangs erwähnten Schlußbeitrag weisen die Herausgeber auf Risiken in der Entwicklung der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes hin. nämlich deren Zerfall in bilaterale. nur an eigenen, partikulären Interessen orientierte Beziehungen. Eine solche gefährliche Entwicklung ist nach Auffassung der Autoren nur durch ein trilaterales Beziehungsgeflecht zu verhindern. Ihre These ist: "Entweder führen die Turbulenzen der weltpolitischen Transformation zu einer konzentrierten Führung der trilateralen Mächte in der Weltpolitik, oder die ganz unterschiedlich motivierten Konflikte werden in zunehmend gewaltgeladene Auseinandersetzungen um die Struktur der internationalen Beziehungen münden." Dabei verstehen sie unter trilateralen. Beziehungen, keine dreiseitigen, sondern ein komplexes Geflecht von vielen politischen, militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gruppenbeziehungen".

Insgesamt ist dies ein Buch, dem es im allgemeinen gelingt, ohne den Blick verstellende Exotik und ohne grob vereinfachende Darstellung des Landes als "Japan AG", durch eine Fülle von meist gut recherchierten Informationen das Verständnis über dieses Land und besonders seine Position in den internationalen Beziehungen zu verbreitern. Darüber hinaus sind die Denkanstöße wertvoll, die hinsichtlich der Bedingungen einer zukünftigen friedlichen Weltord-

nung vermittelt werden. Bei der Weiterentwicklung des Konzeptes Trilateralismus wird man die jetzt zutage tretende Verschiebung der Kräfteverhältnisse in den internationalen Beziehungen zu berücksichtigen haben. Sie äußerte sich jüngst bei der Madrider Tagung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank in einem neuen Selbstbewußtsein ökonomisch wichtiger Entwicklungsländer und einer Blockbildung dieser Gruppierung zur Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Führungsanspruch der G7.

Friedrich Blanz

Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993. Gesamtüberblick und Fallstudien, Seismo Verlag, Zürich 1994, 461 S.

Juchler will einen allgemeinen Überblick über die Reformverläufe in Ostmitteleuropa verschaffen. Umes vorwegzunehmen: Vor allem durch das gut strukturierte und empirisch reichhaltige Material vermag er diesen Anspruch einzulösen. Sowohl im Gesamtüberblick des zweiten Kapitels wie auch in den sich anschließenden Fallstudien zum Reformverlauf in Polen und der Tschechoslowakei